



Integrationsausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

21. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes | 5 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2723

– abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss beschließt, den Antrag Drucksache 16/2723 ohne Votum zu schieben. Die Änderungsanträge werden im AGS behandelt. | |
| 2 | Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) | 7 |
| | Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP | |

und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151
APr 16/504

– Auswertung der Anhörung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU, ein Fachgespräch mit dem KRM durchzuführen, mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Der Integrationsausschuss beschließt einstimmig, die Abstimmung nochmals zu schieben.

3 Sprachliche Bildung geschieht im Alltag – Sprachförderung im Elementarbereich neu ausrichten

9

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4426
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4499
APr 16/506

– Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Der Antrag Drucksache 16/4426 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten angenommen.

Der Antrag Drucksache 16/4499 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

4 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen

13

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

Der Ausschuss stimmt einstimmig für eine Einbeziehung des CDU-Antrags in die genannte Anhörung.

5 Regionalisiertes Integrationsmonitoring 14

– Bericht der Landesregierung

- Bericht durch StS Thorsten Klute (MAIS) und Dr. Bernhard Santel (MAIS)
- Aussprache

6 Verschiedenes 19

– ohne Diskussion –

* * *

2 **Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP
und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151
APr 16/504

– Auswertung der Anhörung

Vorsitzender Arif Ünal führt aus, das Plenum habe in seiner 41. Sitzung am 16. Oktober 2013 den Gesetzesentwurf federführend an den Hauptausschuss sowie an fünf weitere Ausschüsse, darunter auch den Integrationsausschuss, überwiesen.

In der Sitzung am 6. November 2013 habe man beschlossen, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss im Rahmen einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Diese Anhörung habe am 20. März 2014 stattgefunden.

In der Sitzung am 30. April 2014 habe man den TOP aufgerufen, aber die Beratung ausgesetzt, weil zunächst die Stellungnahme des Koordinationsrats der Muslime abgewartet werden sollte. Diese Stellungnahme sei immer noch nicht eingegangen. Dafür hätten der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Religionsgemeinschaft DITIB Nordrhein-Westfalen ihre Stellungnahmen abgegeben. Diese seien an alle Abgeordneten verteilt worden.

Mit **Schreiben vom 15. Mai 2014** habe die **CDU-Fraktion ein Fachgespräch mit dem Koordinationsrat der Muslime beantragt**. Hierauf habe er, Ünal, mit Schreiben vom 16. Mai 2014 geantwortet und mitgeteilt, dass hierfür eine Zweidrittelmehrheit im Ausschuss notwendig sei. Die CDU-Fraktion habe mit Schreiben vom 19. Mai 2014 mitgeteilt, den Antrag zur Abstimmung stellen zu wollen. Heute stehe nun der Antrag zur Abstimmung, ob die Anhörung durchgeführt werden solle oder nicht.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU, ein Fachgespräch mit dem KRM durchzuführen, mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piraten ab.

Der **Vorsitzende Arif Ünal** geht nunmehr über zur **Beratung der Anhörung**.

Jutta Velte (GRÜNE) schlägt vor, den Antrag nochmals zu schieben, weil die Stellungnahme des KRM noch nicht vorliege. Es gehöre sich für den Integrationsausschuss, hierauf zu warten und ihn in die Beratungen mit aufzunehmen. Sie fände es in dem Zusammenhang gut, wenn der KRM eine Gesamtstellungnahme abgeben würde.

Der Integrationsausschuss beschließt einstimmig, die Abstimmung nochmals zu schieben.